

der Rüstungspolitik, oder in der Frage der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern) stehen und tun das auch tatsächlich. Daraus resultiert ein erbitterter Kampf zwischen den verschiedenen Monopolgruppen um die Beherrschung des imperialistischen Staates und die Ausnutzung seiner Potenzen. Seine Beherrschung ist zu einer wichtigen Frage für die einzelnen Monopolgruppen geworden, wenn sie ihre spezifischen Ziele und Interessen realisieren wollen.

Zweitens. Die staatsmonopolistische Regulierung löst nicht das Marktproblem. Sie kann eine Erweiterung des Marktes entsprechend den Möglichkeiten der modernen Produktivkräfte nicht gewährleisten. Das äußert sich darin, daß alle imperialistischen Länder, vor allem auch der westdeutsche Imperialismus, ihre Expansion forcieren und jeder bemüht ist, seinen Konkurrenten vom Weltmarkt zu verdrängen. Für den westdeutschen Imperialismus ist das eines seiner Hauptprobleme. Daraus resultiert u. a. seine besondere Aggressivität und Gefährlichkeit für den Frieden in Europa.

Drittens. Die staatsmonopolistische Regulierung hebt den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion nicht auf. Die Konsumtion der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten wird nicht in entsprechender Weise durch den Fortschritt der Produktivkräfte' bestimmt, sondern nach wie vor durch die Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung. Durch die staatsmonopolistische Regulierung, die die Ausbeutung vertieft und ausdehnt, wird dieser Widerspruch noch zugespitzt. Nicht umsonst ist die Forderung der westdeutschen Gewerkschaften nach einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung so populär. Die aus der Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der technischen Revolution, neu erwachsenden sozialen Bedürfnisse der Werktätigen (Sicherung des Arbeitsplatzes, Umschulung, Entwicklung des Bildungswesens, Verbesserung des Wohnungswesens usw.) werden unter kapitalistischen Bedingungen nur unzureichend befriedigt. Statt diese Bedürfnisse zu befriedigen, wird durch die staatsmonopolistische Regulierung der unproduktive Konsum aufgebläht, und zwar in der Form umfangreicher Rüstungsausgaben. Seit 1950 sind in Westdeutschland 150 Milliarden DM für die Aufrüstung verpulvert worden. Sie hätten für die westdeutsche Bevölkerung weit aus sinnvoller eingesetzt werden können, vor allem weniger gefährdend für den Frieden in Deutschland und in der Welt.

Alle diese Gesichtspunkte zeigen, daß die staatsmonopolistische Regulierung in keiner

Weise mit der sozialistischen Planwirtschaft gleich gesetzt werden kann, wie das von einem Teil der bürgerlichen Apologeten getan wird. Damit die im Kapitalismus heranreifende Notwendigkeit einer Planung der Volkswirtschaft im Interesse der gesamten Gesellschaft verwirklicht werden kann, müssen prinzipiell andere politische und ökonomische Voraussetzungen gegeben sein, wobei klar ist, daß sich die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft nicht automatisch realisieren.

Diese Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung dürfen natürlich nicht als eine absolute Schranke verstanden werden, und zwar in dem Sinne, daß eine Entwicklung der Produktivkräfte unmöglich wird. Gerade dadurch, daß sie ständig die Ausbeutung ausdehnt, neues Kapital mobilisiert und die Herrschaft einiger Bananzmagnaten über das gesellschaftliche Gesamtkapital erweitert und auf eine neue Stufe hebt, setzt sie für die Produktivkräfte neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierung

Die Arbeiterklasse kann sich gegenüber der staatsmonopolistischen Regulierung nicht gleichgültig verhalten. Die ökonomische Tätigkeit des Staates wird zu einem wichtigen Gebiet des Klassenkampfes, wobei sich der ökonomische und politische Kampf auf das engste verbinden und voneinander nicht trennen läßt. Gegenüber den Plänen und Programmen der Monopolbourgeoisie muß die Arbeiterklasse ein eigenes wirtschaftspolitisches Programm entwickeln und für seine Verwirklichung kämpfen. Es darf keine wirtschaftspolitische Maßnahme der Monopolbourgeoisie geben, zu der die Arbeiterklasse nicht ihre Vorstellung entwickelt und alles unternimmt, um die Absichten der herrschenden Kreise zu durchkreuzen. Ein solches wirtschaftspolitisches Programm ist heute zu einem notwendigen Bestandteil des Kampfes um grundlegende soziale Veränderungen in den imperialistischen Ländern geworden. Westdeutschland stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Solche Forderungen, wie die nach Abrüstung und Maßnahmen gegen die Notstandsgesetzgebung, nach aktiver Lohnpolitik und echter Mitbestimmung sowie nach Überführung der Großunternehmen in Gemeineigentum und einer Wirtschaftsplanung im Interesse der Arbeiterklasse haben eine große Bedeutung für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte in Westdeutschland.

Dr. habil. Horst Hemberger